Diakonie Karlsruhe

Das Diakonische Werk
der Evangelischen Kirche
in Karlsruhe

Luise
Beratungsstelle
für Prostituierte



Jahresbericht 2025

Foto: DW Karlsruhe

dw-karlsruhe.de

Inhalt

Vorwort	3
Wer wir sind, unsere Werte	4
Für wen setzen wir uns ein?	5
Istanbul-Konvention	8
Aktionstag „Orange Days“	9
Aufsuchende Arbeit auf dem Straßenstrich	10
Aufsuchende Arbeit in den Etablissements	16
Beratung bei fehlender Krankenversicherung	18
Ausstiegsappartements	20
Methodologie und Statistik	22
Arbeitskreise und Gremien	24
Kooperationspartner*innen	25
Veranstaltungen und Aktionen 2025	26
Presse- und Lobbyarbeit	27

Liebe Leser*innen,

auch das zurückliegende Jahr war für Luise wieder mit vielen Herausforderungen in der Beratung unserer Zielgruppe verbunden. Besonders beschäftigte uns jedoch das Verbot der Straßenprostitution, das von der Stadt Karlsruhe im März erlassen wurde.

Die Arbeitsmöglichkeiten der Frauen* wurden durch die Verbote in Karlsruhe und kurze Zeit später in Bruchsal immer weiter eingeschränkt. Im begleitenden Diskurs wurde aus unserer Sicht viel über die Menschen in der Prostitution gesprochen, aber zu wenig mit ihnen. Im Zuge des Verbots wurden viele Stimmen laut, die das Verbot begrüßten. Die Presse war voll von Meldungen über Müll, Beschwerden von Anwohnenden und Gewerbetreibenden. Leider blieb unserer Meinung nach die Perspektive der Frauen, die auf dem Straßenstrich gearbeitet haben, fast unsichtbar. Wie geht es ihnen nach dem Verbot? Welche Probleme haben sie? Diese Fragen erreichen uns bis heute viel zu selten. Es scheint, als wären die Frauen* vielen egal, nun, da sie nicht mehr sichtbar am Straßenstrich stehen. Sie sind aus dem Stadtbild Karlsruhes verschwunden, doch sie sind weiterhin da, mit all ihren Problemen und Bedarfen.

Denn: Die grundlegenden Problemlagen bestehen weiterhin fort. Viele Frauen* verfügen über keine Krankenversicherung, keine offizielle Meldeadresse in Deutschland und und haben nur eingeschränkten Zugang zu Sozialleistungen. Häufig fehlen berufliche Perspektiven, finanzielle Sicherheit und tragfähige Alternativen zur Prostitution.

Die vorab getroffenen Maßnahmen, um die Frauen* vom Straßenstrich, die aussteigen möchten, bestmöglich zu unterstützen, waren bei Weitem nicht ausreichend. Der von manchem erwünschte Effekt, dass die Frauen* durch das Verbot den Schritt raus aus der Prostition wagen, ist nicht eingetreten. Fast alle Frauen*, die auf dem Straßenstrich in Karlsruhe gearbeitet haben, arbeiten weiter in der Prostitution.

Wir erleben das Verbot für unsere Zielgruppe nicht als zielführend, wenn nicht sogar als schädlich. Die Situation der Frauen* vom Straßenstrich hat sich erheblich verschlechtert, und sie sind für unsere Beratungs- und Unterstützungsangebote deutlich schwerer erreichbar geworden.

Unabhängig vom Verbot der Straßenprostitution und deren Auswirkungen stieg die Zahl der Beratungsanfragen bezüglich eines Ausstiegs 2025 stark an. Leider mussten wir viele Frauen* ablehnen, die einen Platz in in einem unserer Ausstiegsappartements benötigt hätten. Angesichts der hohen Nachfrage und der komplexen Unterstützungsbedarfe der Frauen* zeigt sich deutlich, dass sowohl zusätzliche Wohnplätze als auch personelle Ressourcen dringend benötigt werden. Im Jahr 2025 erlebten wir besonders deutlich, dass der Ausstiegsprozess von vielfältigen strukturellen Herausforderungen geprägt ist und die Angebote nicht passend sind oder nicht ausreichen. Daher begrüßen wir sehr, dass die kommunale AG Ausstieg wieder ihre Arbeit aufgenommen hat mit dem Ziel, bestehende Angebote weiterzuentwickeln und ein städtisches Gesamtkonzept zum Ausstieg aus der Prostitution zu erarbeiten.

Wir möchten dieses Vorwort auch dafür nutzen, uns herzlich für die Förderung und Bezuschussung durch die Stadt Karlsruhe und das Land Baden-Württemberg zu bedanken.

Das Team der Beratungsstelle Luise

Wer wir sind, unsere Werte

Die Fachberatungsstelle Luise als ein Arbeitsbereich des Diakonischen Werks Karlsruhe ist seit 2014 ein niedrigschwelliges, akzeptierendes und wertschätzendes Beratungsangebot für Menschen in der Prostitution. Gegründet wurde sie insbesondere aufgrund von aufgrund steigender Konfliktzahlen zwischen Anwohner*innen und den auf dem Straßenstrich tätigen Frauen*. Seitdem hat sich die Beratungsstelle stetig weiterentwickelt und ihr Angebot ausgebaut und überarbeitet.



Team Luise

Grundlage unserer Arbeit ist es, Menschen zu achten, ihnen mit Respekt und Wertschätzung zu begegnen und sie in ihrer individuellen Situation anzunehmen. Unsere Werte beruhen auf dem direkten Kontakt und der Beziehung zu den Menschen, die im Bereich Prostitution tätig sind.

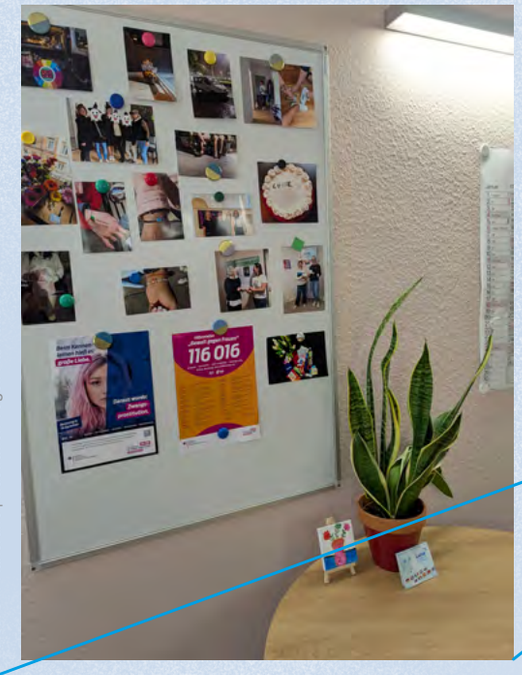
Wir stehen für eine humane, partizipative und inklusive Sozialpolitik statt für Verbote und eine soziale Ausgrenzung von Menschen. Wir setzen uns für die Stärkung, den Schutz und die Bildung von Menschen in der Prostitution und gegen Frauen*armut ein.

Unser Auftrag ist dabei stets, die Interessen unserer Klient*innen zu vertreten. Dazu gehört, sie mit Lobbyarbeit in ihren Rechten zu stärken sowie Konzepte und Projekte zu entwickeln, die ihren Lebensstandard verbessern. Empowerment und Schutz der Personen in der Prostitution sind dabei unsere höchste Priorität.

Vielen Dank an Jennifer und Sebastian, die uns im Jahr 2025 ehrenamtlich unterstützt haben!

Beratungsstelle Luise

Für wen setzen wir uns ein?



Fotos: DW Karlsruhe | Illustration Vogel: Hannafaktur

Zielgruppe

Unser Ziel ist es, Menschen, die aktuell in der Prostitution arbeiten oder gearbeitet haben und die sich in multiplen Problemlagen befinden, eine bedarfsgerechte Unterstützung in allen Lebenslagen anzubieten.

In der Beratungspraxis findet sich eine große Bandbreite an Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen in Bezug auf Bildungsgrad, Herkunft, Alter, familiäre Verhältnisse, Gründe, in der Prostitution zu arbeiten, und Dauer der Tätigkeit.

Der überwiegende Anteil der in der Beratungsstelle vorstelligen Klient*innen verfügt nicht über eine deutsche Staatsangehörigkeit und ist aus dem Ausland zugewandert.

Hauptherkunftsländer sind meist die osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten (Bulgarien, Ungarn, Rumänien), deren Staatsbürger*innen in der Regel über Freizügigkeitsrechte verfügen.

Problemlagen

Auch im Jahr 2025 bestätigte sich die Erfahrung der vergangenen Jahre, dass es sich bei unseren Klient*innen überwiegend um Personen handelt, die sich in multiplen Problemlagen befinden.

In der Beratungsarbeit werden immer wieder Lücken im Versorgungssystem für marginalisierte Personen offenkundig.

- Die Zielgruppe lebt häufig in prekären Wohnverhältnissen, beispielsweise in Pensionen, ohne gültigen Mietvertrag, ohne Nachweis ihrer Mietzahlungen oder bei Kolleg*innen und Bekannten. Daraus ergeben sich wiederum weitere Problemlagen, wie Schwierigkeiten bei der Anmeldung des Wohnsitzes, beengter Wohnraum und überteuerte Mieten.

- Die Tätigkeit in der Prostitution ist mit zusätzlichen gesundheitlichen Risiken verbunden. Durch fehlenden Krankenversicherungsschutz insbesondere bei EU-Bürger*innen in Deutschland und im Herkunftsland ist der Zugang zum Gesundheitssystem eingeschränkt. Dies führt häufig zum Verzicht auf notwendige medizinische Versorgung und Vorsorge. Bei Anmeldung im deutschen Krankenversicherungssystem müssen oft hohe Summen (nach-)gezahlt werden.

- Vorurteile und Verurteilungen der sexuellen Dienstleistung führen zu einer Ablehnung von Frauen*, die der Prostitution nachgehen. Die damit verbundene Ausgrenzung aus der Gesellschaft bewirkt fehlende gesellschaftliche Teilhabe.

- Viele Frauen* führen eine Mutterschaft auf Distanz und verspüren damit einhergehenden hohen finanziellen Druck, die Familie im Herkunftsland zu versorgen.

- Der Zugang zu Sozialleistungen ist für Migrant*innen eingeschränkt. Fehlende Zugangsmöglichkeiten führen beispielsweise zu Schwierigkeiten bei der obdachlosenrechtlichen Unterbringung oder der Unterbringung in Frauenhäusern etc. – und das selbst in Notsituationen.

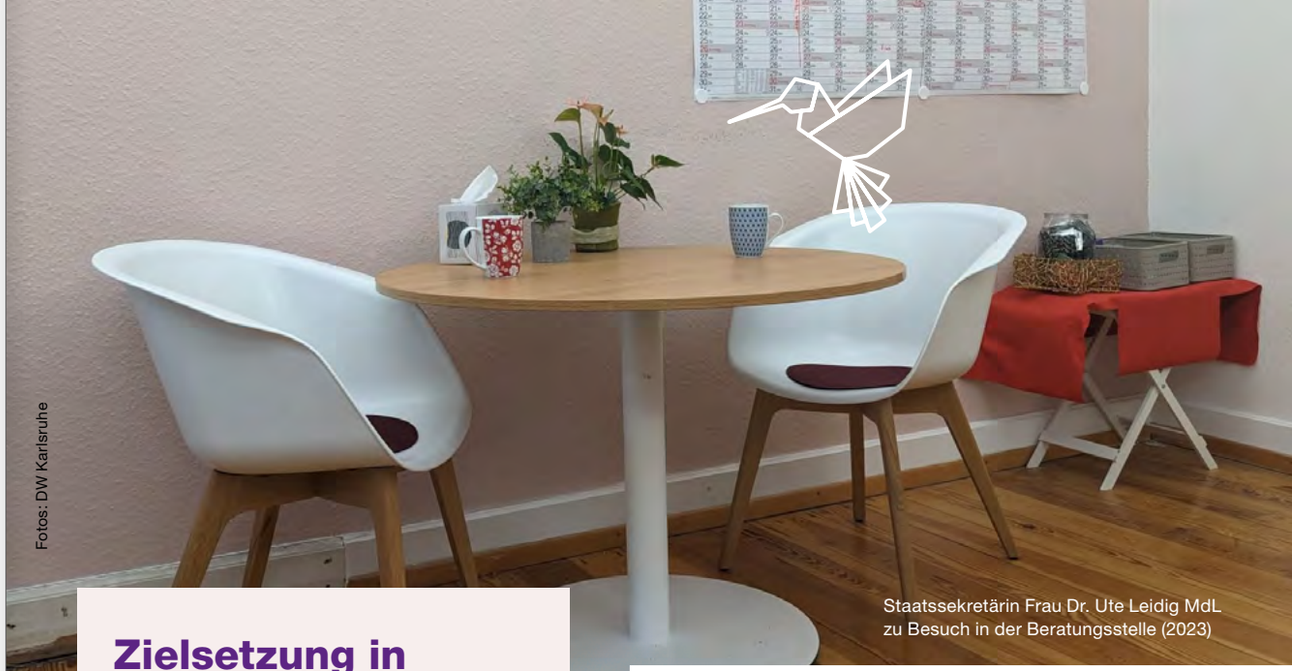
- Sind die Frauen* Opfer von Gewalt im familiären Umfeld, haben sie durch die oben beschriebenen Problemlagen (prekäre, enge Wohnverhältnisse, Abhängigkeiten, fehlende Verdienstmöglichkeiten, schwieriger Zugang zum Hilfesystem) meist keine andere Wahl, als in der Situation zu verbleiben.

- Auch nach dem Ausstieg aus der Prostitution verharren die Frauen* oftmals in prekären Arbeitsverhältnissen – wie Arbeit ohne Arbeitsvertrag, Arbeit im Niedriglohnsektor, Nichtauszahlen von Löhnen oder die Verpflichtung zu unbezahlten Überstunden.

Seit 2025 gibt es das Projekt **AMIA – Kontaktstelle für Zugewanderte in arbeitsausbeuterischer Beschäftigung**, eine Kooperation vom Diakonischen Werk Karlsruhe und IN VIA.

www.dw-karlsruhe.de/amia

Im Jahr 2025 wurden die multiplen Problemlagen der Klient*innen nochmals besonders deutlich aufgrund des Verbots der Straßenprostitution in Karlsruhe und bestimmten Straßengebieten in Bruchsal. Hier trat deutlich zutage, wie eingeschränkt der Zugang zum Regelsystem ist und wie schwierig es ist, andere Perspektiven zu entwickeln.



Fotos: DW Karlsruhe

Staatssekretärin Frau Dr. Ute Leidig MdL zu Besuch in der Beratungsstelle (2023)

Zielsetzung in der Beratung

- Feinfühlige, vorurteilsfreie und wertschätzende Beratung, welche die Lebenssituationen der Frauen* akzeptiert und sich auf ihre Lebenswelt bezieht.
- Personen, die den Wunsch eines Ausstiegs aus der Prostitution haben, erhalten fachkundige Begleitung und Beratung während des gesamten Prozesses.
- Die Frauen* werden in der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützt.



Zielsetzung in der Öffentlichkeitsarbeit

- Ausgrenzung, Stigmatisierung und Kriminalisierung von Menschen in der Prostitution minimieren.
- Die Öffentlichkeit für die spezifischen Herausforderungen und Bedingungen der Menschen in der Prostitution sensibilisieren.
- Die Situation der Frauen* durch politische Arbeit nachhaltig verbessern.
- Die Expertise der Beratungsstelle in sozialwissenschaftliche Diskurse einbringen und somit einen Beitrag zum Theorie-Praxis-Transfer der Sozialen Arbeit leisten.
- Gesellschaftliche Teilhabe der Zielgruppe ermöglichen.

Istanbul-Konvention

Was ist die Istanbul-Konvention?

Die sogenannte Istanbul-Konvention ist ein Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen* und häuslicher Gewalt aus dem Jahr 2011. Die Konvention trat 2018 in Deutschland in Kraft und ist damit rechtsverbindlich für Bund, Länder und Kommunen. Auch der Karlsruher Gemeinderat hat der Umsetzung der Istanbul-Konvention zugestimmt.

Die Istanbul-Konvention und Prostitution

Frauen* in der Prostitution sind eine besonders vulnerable Gruppe und häufig mehrfach diskriminiert und benachteiligt. Der sogenannte GREVIO-Bericht zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, der im Oktober 2022 vorgelegt wurde, machte deutlich, dass es in Deutschland weiterhin große Defizite in der Versorgung dieser besonders schutzbedürftigen Frauen* gibt. Die kommunale Gleichstellungsbeauftragte hat in ihrem im September 2022 vorgelegten Konzept zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in Karlsruhe u. a. die Ermöglichung eines erleichterten Zugangs zum Regelsystem in den Bereichen Gesundheit, Arbeit und Integration für Frauen* in der Prostitution priorisiert.

Aktionsbündnis „Frauen gegen Gewalt an Frauen“

Das Aktionsbündnis existiert seit 2016 und leistet seitdem aktive Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit. In diesem Rahmen findet eine Mitarbeit an der Umsetzung der Istanbul-Konvention in Karlsruhe statt, bei der sich auch die Beratungsstelle Luise aktiv einbringt.

Zu Beginn des Jahres 2025 wurde das Gewalthilfegesetz durch den Deutschen Bundestag verabschiedet. Damit wird ein Rechtsanspruch auf einen kostenfreien Platz im Frauenhaus sowie auf Schutz und Beratung ab 2032 geschaffen. Ausgeschlossen von dem Gesetz sind aber trans*, inter* und nicht-binäre Personen sowie geflüchtete Frauen*.

Im Jahr 2025 beschäftigte sich das Aktionsbündnis vor allem mit der Umsetzung des Gewalthilfegesetzes auf Landes- bzw. kommunaler Ebene.

Nein!
zu Gewalt
an Frauen

Mitglieder des Aktionsbündnisses

- Pro Familia
- Soroptimist International SI-Club Karlsruhe
- Sozialdienst katholischer Frauen Stadt und Landkreis Karlsruhe e. V. (SkF)
- SOZPÄDAL e. V. mit dem Angebot TafF (Tagestreff für Frauen)
- Der Verein zum Schutz misshandelter Frauen und deren Kinder e. V.
- Verein für Jugendhilfe Karlsruhe e. V.
- Wildwasser Karlsruhe e. V. (Verein gegen sexualisierte Gewalt an Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen mit dem Angebot Frauennotruf)
- Zonta Club Karlsruhe e. V.
- Luise Diakonisches Werk Karlsruhe

Fotos: DW Karlsruhe | Icons: The Noun Projekt



Veranstaltung
Orange Days

Im Rahmen der internationalen Aktionstage „Orange Days“ rund um den Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25.11.2025 war die Beratungsstelle Luise mit einem Infostand in der Innenstadt vertreten, um mit Passant*innen ins Gespräch zum Thema Gewalt gegen FLINTA*-Personen (Frauen, Lesben, inter*, nicht-binäre, trans* und agender Personen) zu kommen. Organisiert wurde die Aktion vom CSD Karlsruhe e. V.

Mithilfe von Zitaten unserer Klient*innen und Erfahrungsberichten aus unserer Beratungsarbeit haben wir verdeutlicht, wie eine prekäre Lebenssituation hinsichtlich Arbeit, Wohnung, Aufenthaltsstatus und finanzieller Absicherung dazu führt, dass man weniger Möglichkeiten hat, sich gegen Gewalt zu schützen.

Meine Wohnung ist kein sicherer Ort.

Mein Vermieter belästigt mich sexuell. Er schreibt mir anzügliche Nachrichten und lässt mich nicht in Ruhe. Auch weil er weiß, welchen Job ich früher gemacht habe. Vor Kurzem kam er sogar mit seinem Schlüssel in meine Wohnung. Ich habe Angst und möchte so schnell wie möglich umziehen, finde aber keine Wohnung.

Aus Angst keine Hilfe rufen.

Wenn ich Gewalt durch Kunden erlebe, kann ich nicht die Polizei rufen, weil ich Angst vor einer Abschiebung habe. Ich lebe hier ohne Aufenthaltsstatus, ohne Arbeitserlaubnis, ohne Papiere, ohne Anmeldung nach ProstSchG. Ich brauche diese Arbeit aber, um meine Familie im Heimatland zu ernähren.

Plötzlich vor dem Nichts.

Ich habe Gewalt durch einen Kunden erlebt und musste im Krankenhaus behandelt werden. Da ich keine Krankenversicherung habe, musste ich die Kosten selbst tragen. Fast zwei Monate konnte ich nicht arbeiten. Ich war von heute auf morgen ohne Geld und ohne Wohnung.



Aufsuchende Arbeit auf dem Straßenstrich*

Seit der Gründung der Beratungsstelle war unser Team wöchentlich aufsuchend auf dem Straßenstrich in Karlsruhe unterwegs. Dieser regelmäßige Kontakt war essenziell, um Vertrauen und eine tragfähige Beziehung zu den Frauen aufbauen zu können. In mehr als 10 Jahren der Aufsuchenden Arbeit auf dem Straßenstrich haben wir die Frauen* bei den verschiedensten Problemlagen unterstützt. Wir haben sie sensibilisiert, zu Selbstvertrauen und Selbstständigkeit ermutigt und sie über ihre Rechte aufgeklärt.*

** Da die Entwicklungen von 2025 in ihrer Gesamtheit dargestellt werden sollen, enthält der Bericht auch Angaben zu den ersten Monaten 2026.*

Änderungen 2025/2026

1
Verbot der Straßenprostitution im Stadtgebiet Karlsruhe

2
Verbot der Straßenprostitution im Gewerbegebiet Wendelrot in Bruchsal

3
Verbot der Straßenprostitution im Bereich Alter Güterbahnhof in Bruchsal

Foto: DW Karlsruhe

Drei Verbote innerhalb eines Jahres.

Im Jahr 2025 wurde vonseiten der Stadt Karlsruhe ein auf sechs Monate befristetes Verbot der Straßenprostitution für das gesamte Stadtgebiet erlassen. Dem Verbot waren Festnahmen wegen Zuhälterei auf dem Straßenstrich vorausgegangen. Die Allgemeinverfügung trat am 21.03.2025 in Kraft und galt bis zum 21.09.2025. Es erfolgte eine Verlängerung des Verbots der Straßenprostitution in Karlsruhe um ein weiteres Jahr; das Verbot gilt bis zum 21.09.2026.

Das erst auf sechs Monate befristete Verbot der Straßenprostitution in Karlsruhe führte bei den Frauen* zu großer Unsicherheit. Immer wieder wurden wir gefragt, ob sie ab September 2025 wieder auf der Straße in Karlsruhe arbeiten dürften. Aufgrund der uneindeutigen Lage suchten sich viele Frauen* lediglich eine Übergangslösung. Ein langfristiger Ausstieg aus der Prostitution wurde nicht in Erwägung gezogen.

Der Straßenstrich verlagerte sich aufgrund des Verbots nach Bruchsal in das Gewerbegebiet Wendelrot. Um die Klient*innen weiterhin beraten zu können und das jahrelang aufgebaute Vertrauen und Beziehungsverhältnis aufrechterhalten zu können, war die Beratungsstelle seitdem zunächst jede Woche montags aufsuchend auf dem Straßenstrich in Bruchsal tätig.

Wir trafen allerdings nur 4 bis 7 Frauen* pro Nacht an. In Karlsruhe hatten bis zum Verbot ca. 15 Frauen* auf der Straße gearbeitet. Ein großer Teil der Frauen* verlagerte ihre Tätigkeit in Hotels, private Wohnungen oder in Laufhäuser.

Aufgrund fehlender Regelungen in Bruchsal (z. B. Sperrzeit für Straßenprostitution) und der neuen Arbeitssituation kam es zu Auseinandersetzungen. Das Landratsamt Karlsruhe reagierte am 26.08.2025 mit mit dem Erlass einer Allgemeinverfügung zum Verbot der Straßenprostitution im Bereich des Gewerbegebiets Wendelrot.

Der Straßenstrich verlagerte sich daraufhin an den Alten Güterbahnhof in Bruchsal, wo wir 2 bis 4 Frauen* pro Nacht antrafen.

Das Verbot des Landratsamts war bis 31.03.2026 befristet. Zum Ablauf der Frist wurde das Verbot verlängert sowie räumlich erweitert auf den Bereich des Alten Güterbahnhofs. Daraufhin verlagerte sich der Straßenstrich in das Gewerbegebiet Stegwiesen in Bruchsal.

Was bedeutet das Verbot für die Frauen* vom Straßenstrich?

- ✖ Ständiger Wechsel der Arbeitsorte und große Unbeständigkeit
- ✖ Wegfall von Kundschaft und damit verbunden große finanzielle Einbußen

Die Auswirkungen des Verbots auf die Situation der Frauen* sind immens.

- ✖ Die finanzielle Situation hat sich stark verschlechtert. Frauen* haben Probleme, für ihren Lebensunterhalt und ihre Miete zu sorgen.
- ✖ Einige Frauen* sind mit ihren Kindern obdachlos geworden.
- ✖ Frauen* verschulden sich neu und/oder können laufende Ratenzahlungen nicht mehr leisten.
- ✖ Frauen* haben kein Geld, um zum Arzt zu gehen, Krankheiten chronifizieren sich.
- ✖ Frauen* haben große Schwierigkeiten, ihre Familien im Heimatland finanziell zu unterstützen.
- ✖ Die meisten Frauen* arbeiten weiterhin in der Prostitution – unter schwierigen und teilweise unsicheren Bedingungen. Gleichzeitig wurden bestehende Kontakte zu Beratungsstellen geschwächt oder sind vollständig abgebrochen. Dadurch verlieren die Frauen* wichtige Zugänge zu Beratung, Unterstützung, Gesundheitsversorgung und Präventionsangeboten.



Finanziell ist es für mich nicht einfach. Auf dem Straßenstrich entscheide ich selbst, wann ich meine Arbeit beende und nach Hause gehe. Ich muss mit Kunden keine E-Mails oder Nachrichten schreiben. Ich bin einfach auf meinem Platz. In Bruchsal kann ich nicht arbeiten, denn ich habe niemanden, der mich fährt. Bisher konnte ich zu Fuß zur Arbeit kommen.

Ich möchte wieder auf der Straße in Karlsruhe arbeiten. Ich habe zwei Kinder und muss mich um sie kümmern und für sie sorgen. Auf dem Straßenstrich in Karlsruhe habe ich meinen festen Platz. Seit dem Verbot geht es mir schlechter, ich habe nicht mehr genug Geld. Für viele meiner Stammkunden aus Karlsruhe ist der Weg nach Bruchsal zu weit und hier habe ich noch keine neuen Kunden bekommen.

Nun arbeite ich in einem Bordell. Nachdem ich meine Wohnungsmiete und Miete im Bordell bezahle, bleibt für mich nichts. Ich muss meine Familie unterstützen, da ich Kinder habe. Ich möchte, dass der Straßenstrich in Karlsruhe geöffnet wird, weil ich in der Nähe wohne und ich nicht an jedem Arbeitstag für Transport bezahlen muss.

Was bedeutet das Verbot für unsere Arbeit?

- ✖ Aufgrund des höheren Zeitaufwands und der geringeren Zahl an Klient*innen wurde die Aufsuchende Arbeit nach Bruchsal auf einen zweiwöchentlichen Rhythmus reduziert. Dadurch ist der Kontakt unregelmäßiger geworden und Problemlagen können schlechter erkannt werden.

113
Beratungskontakte bis 21.03.2025 in Karlsruhe
(Vorjahr: 551)

156
Beratungskontakte ab 21.03.2025 in Bruchsal

- ✖ Wir erreichen Frauen*, die neu auf der Straße arbeiten und unser Beratungsangebot noch nicht kennen, deutlich seltener.
- ✖ Frauen*, die in privaten Räumen arbeiten, nehmen seltener Kontakt zu uns auf.
- ✖ Viele Kontakte sind seltener geworden oder vollständig abgebrochen. Manche Frauen* können wir nicht mehr erreichen.
- ✖ Ausstiegsberatung: Die berufliche Neuorientierung gestaltet sich als schwierig, insbesondere aufgrund fehlender Deutschkenntnisse und anderer fehlender Qualifikationen.
- ✖ Die Verlängerung des Verbots sehen wir ebenfalls kritisch. Aus unserer Sicht braucht es eine transparente Evaluation der bisherigen Auswirkungen und eine stärkere Beteiligung der betroffenen Frauen* sowie der Fachstellen, die seit vielen Jahren mit ihnen arbeiten. Wenn eine Maßnahme mit dem Schutz der Frauen* begründet wird, sollte auch überprüft werden, ob sich ihre tatsächliche Lebens- und Sicherheitssituation dadurch verbessert hat. – Zum Thema „Unsere Kritik am Verbot“ siehe nächste Seite.

Fotos: DW Karlsruhe | Icons: The Noun Projekt

Die Kritik unserer Beratungsstelle am Verbot

Unsere Beratungsstelle arbeitet seit 2014 mit Frauen*, die in der Prostitution tätig sind, und kennt die unterschiedlichen Lebenssituationen und Herausforderungen unserer Klient*innen aus der täglichen Arbeit.

- Die betroffenen Frauen* wurden vor dem Verbot nicht ausreichend nach ihren Bedürfnissen und möglichen Alternativen gefragt.
- Die Information über das Verbot erfolgte mit einer Vorlaufzeit von nur etwa einer Woche. Für viele Frauen* bedeutete dies, von einer Woche auf die andere ihre bisherige Arbeitsmöglichkeit und damit ihre Existenzgrundlage zu verlieren.
- Es wurden keine ausreichenden und langfristig tragfähigen Alternativen angeboten, etwa in Bezug auf Arbeit, Wohnraum oder medizinische Versorgung. Insbesondere für Frauen* mit geringen Deutschkenntnissen, fehlenden Qualifikationen oder ohne finanzielle Rücklagen waren die vorhandenen Möglichkeiten kaum realistisch.
- Die Konsequenzen des Verbots tragen die betroffenen Frauen* und durch die Pauschalisierung auch alle, die auf der Straße gearbeitet haben.

Viele Frauen* wichen nach dem Verbot nach Bruchsal aus. Dadurch entstanden zusätzliche Fahrtkosten und Belastungen. Auch dort wurden nach und nach bestimmte Orte nicht mehr genutzt, sodass die Frauen* teilweise in abgelegenere Bereiche ausweichen mussten. Für uns ist dabei nicht immer transparent, auf welcher Grundlage solche Entscheidungen getroffen wurden und inwieweit die betroffenen Frauen* einbezogen wurden.

Kritisch sehen wir zudem, dass die Erfahrungen der spezialisierten Beratungsstellen und die Perspektiven der betroffenen Frauen* in politischen und gesellschaftlichen Diskussionen aus unserer Sicht nicht ausreichend berücksichtigt werden. Der Begriff „Schutz der Frauen“ darf nicht dazu führen, dass die tatsächlichen Bedürfnisse und die Selbstbestimmung der Frauen* aus dem Blick geraten. Schutz muss auch bedeuten, den Zugang zu Beratung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und sozialen Leistungen sicherzustellen.



Ich weiß, dass viele unseren Job nicht mögen, aber wir stören niemanden. Im Bordell kann ich nicht arbeiten, weil ich nicht mit einem Kunden in einem geschlossenen Raum bleiben möchte.

Ich habe zweimal eine andere Arbeit nicht bekommen. Das Verbot hat mich nicht geschützt, sondern ich befinde mich seitdem unter massivem finanziellem Druck. Jeden Monat habe ich Angst, dass ich meine Wohnung verliere.

Fotos: DW Karlsruhe

Das Verbot schützt die Frauen* nicht.

Prostitution verschwindet durch Verbote nicht, sie verlagert sich nur in weniger zugängliche Bereiche. Insbesondere Betroffene von Menschenhandel und Zwangsprostitution werden durch ein Verbot nicht geschützt. Genau diese Frauen* erreichen wir nun kaum noch, da sie isoliert werden und es ihnen nicht ermöglicht wird, Kontakt zu uns aufzunehmen.

Für die Arbeit unserer Beratungsstelle ist die Unterstützung der Menschen in der Prostitution zentral. Für eine gute Beratungsarbeit ist es essenziell, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen und aufrechtzuerhalten. Dafür ist ein regelmäßiger Kontakt der Mitarbeiterinnen notwendig. Da wir die Personen sind, die im direkten Kontakt mit den Frauen* stehen, sehen wir es als unsere Aufgabe an, ihre Bedarfe öffentlich zu machen und in Arbeitskreise zu tragen. Dafür müssen sie für uns sichtbar und erreichbar sein.

Was schützt die Frauen*?

Über den Schutz der Frauen* wird häufig gesprochen. In unserer täglichen Arbeit erleben wir jedoch, dass dieser Schutz für viele Frauen* kaum konkret erfahrbar ist. Abgesehen von unseren eigenen Angeboten, wie den von der Diakonie finanzierten Ausstiegswohnungen, gibt es nur wenige tatsächlich zugängliche und langfristige Unterstützungsangebote. Viele Hilfen sind an bestimmte Ansprüche und Voraussetzungen gebunden, die gerade Frauen* in der Prostitution häufig nicht erfüllen können.

Prostitution ist rechtlich anerkannt, dennoch arbeiten viele Frauen* nicht unter Bedingungen, die mit einer regulären Beschäftigung vergleichbar sind. Fehlende oder unsichere Krankenversicherung, fehlender Zugang zu sozialen Leistungen und begrenzte Möglichkeiten der beruflichen Neuorientierung führen dazu, dass ihre tatsächlichen Rechte und Schutzmöglichkeiten stark eingeschränkt bleiben.

Aus unserer Sicht bedeutet Schutz zunächst auch, menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Frauen* haben in Karlsruhe über viele Jahre bei Kälte, Regen und Hitze auf der Straße gearbeitet – teilweise ohne ausreichenden Zugang zu Toiletten oder anderen grundlegenden Einrichtungen.

Ein geregelter und sicher gestalteter Straßenstrich mit klaren Regeln, sanitären Einrichtungen, Müllbehältern, Kondom- und Getränkeautomaten sowie einer verlässlichen Präsenz von Ordnungsamt, Polizei und Sozialarbeit könnte konkrete Verbesserungen schaffen. Ein solcher Rahmen würde nicht nur die Arbeitsbedingungen verbessern, sondern auch den kontinuierlichen Kontakt zu den Frauen* ermöglichen und damit Ausbeutung, Gewalt und Menschenhandel früher erkennbar machen.

Eine solche Regelung wurde bereits 2022, im Gemeinderat eingereichte Antrag auf einen geregelten Straßenstrich, als Möglichkeit zur Verbesserung der Sicherheit und Arbeitsbedingungen vorgeschlagen. Aus unserer Sicht wäre es wichtig gewesen, diesen Ansatz konsequenter zu verfolgen.

Wir kritisieren nicht, dass Schutz angeboten wird, sondern stellen die Frage, was Schutz konkret bedeutet. Für uns beginnt Schutz dort, wo Frauen* gesehen und erreicht werden und unter menschenwürdigen Bedingungen arbeiten können – und wo Beratung und Hilfe tatsächlich zugänglich sind.

Aufsuchende Arbeit in den Etablissements

Stadt Karlsruhe

Neben der Aufsuchenden Arbeit auf dem Straßenstrich werden auch die Prostitutionsstätten im Stadtgebiet regelmäßig von den mehrsprachigen Mitarbeiter*innen besucht, um das Angebot der Beratungsstelle vorzustellen. Der regelmäßige Kontakt erhöht den Bekanntheitsgrad der Sozialarbeiter*innen bei Betreibenden und Hausdamen und vereinfacht den Zugang der Mitarbeiter*innen zu Prostituierten und somit deren Zugang zu Beratung.

230
Beratungskontakte
(Vorjahr: 118)



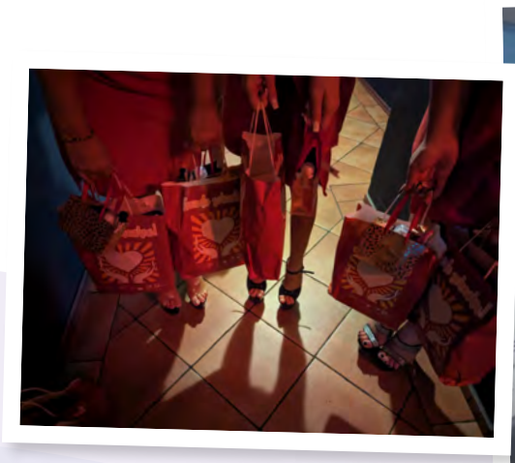


Landkreis

Die Beratungsstelle Luise war auch im Jahr 2025 aufsuchend in den Prostitutionsstätten in Ettlingen und Bruchsal unterwegs. Im Jahr 2025 fanden zudem 20 Beratungsgespräche statt, telefonisch und im Büro. Beratungen konnten durch die mehrsprachigen Mitarbeiterinnen des Mobilteams in den Sprachen Deutsch, Englisch, Bulgarisch, Türkisch und Rumänisch angeboten werden. Es bestehen ähnliche Problematiken und Beratungsbedarfe wie in Karlsruhe.

Die Hauptthemen der Beratung waren: Arbeitssituation, Gesundheit, Ausstieg aus der Prostitution und psychosoziale Themen.

167
Beratungskontakte
(Vorjahr: 21)*





* 2024 konnte das Projekt nur im Zeitraum Nov.–Dez. durchgeführt werden.

Fotos: DW Karlsruhe | Icons: The Noun Projekt

Unsere Infoflyer

Allgemeiner Infoflyer für Menschen in der Prostitution in der Stadt Karlsruhe

Allgemeiner Infoflyer für Menschen in der Prostitution im Landkreis Karlsruhe

„Neustart“: Info über unsere Appartements bei Ausstiegswunsch

„Luise cares“: Mobile medizinische Versorgung

Infoflyer für Hauptamtliche und Öffentlichkeit in der Stadt Karlsruhe

Infoflyer für Hauptamtliche und Öffentlichkeit im Landkreis Karlsruhe

Alle Flyer zum Download: https://www.dw-karlsruhe.de/unsere-angebote/frauen/luise-beratungsstelle-fuer-prostituierte/

Beratung für Menschen in der Prostitution ohne Krankenversicherung

2024 startete Luise das Projekt „Beratung für Menschen in der Prostitution ohne Krankenversicherung“, das vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration des Landes Baden-Württemberg – heute Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit – gefördert wird. Ziel des Projekts ist es, eine medizinische Versorgung von Menschen in der Prostitution sicherzustellen, stabile Strukturen zu schaffen und einen Wegweiser in das Regelsystem zu bilden sowie eine Bündelung und Strukturierung bestehender Angebote für die Zielgruppe.

Wie erreicht man dieses Ziel?

Es braucht eine Kombination aus den folgenden Bausteinen, um eine bestmögliche Versorgung für Menschen ohne Krankenversicherung sicherzustellen:

- Eine niedrigschwellige, kostenlose, anonyme medizinische Basisversorgung in Form von regelmäßigen ärztlichen Sprechstunden verschiedener Fachrichtungen
- Ein Clearingangebot
- Ein Budget (Behandlungsfonds, Anonymer Behandlungsschein), das die Finanzierung von Behandlungskosten sicherstellt, bis das Clearing abgeschlossen ist, und auch den Personengruppen einen Zugang zur medizinischen Regelversorgung ermöglicht, die nicht gecleart werden können. In der Regel wenden sich Menschen an uns, weil sie dringend medizinische Hilfe brauchen. Diese muss auch zuallererst gewährt werden, bevor sich jemand auf den Weg des oft langwierigen Clearingprozesses begeben kann.



4 Behandlungen an 2 Terminen

Mobile medizinische Versorgung

Im Rahmen des Projekts wurde auch die mobile ärztliche Sprechstunde, ein Angebot der Beratungsstelle seit 2021, weitergeführt. Das niedrigschwellige, aufsuchende Angebot zur medizinischen Grundversorgung wird gewährleistet durch das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und eine Gynäkologin in der mobilen Praxis. Ein Rettungswagen des DRK dient als medizinische Anlaufstelle vor Ort (auf dem Straßenstrich und in der Nähe von Prostitutionsstätten). Es werden STI-Tests durchgeführt und gesundheitliche Themen besprochen. Hierbei werden vor allem Verhütung und gynäkologische Beschwerden thematisiert.

2025 fanden zwei Termine der Mobilpraxis mit insgesamt vier Behandlungen statt. Zusätzliche STI-Testungen wurden bei zwei weiteren Terminen durch die Mitarbeiterinnen des Gesundheitsamts Karlsruhe in den Räumlichkeiten von Luise angeboten. Hierbei wurden 9 Frauen* getestet.

40
Clearings
(Vorjahr: 38)

71
Anfragen
(Vorjahr: 62)

69
Vermittlungen
(Vorjahr: 40)

Was wir erreicht haben:

Im Jahr 2025 konnte bei insgesamt 40 Klient*innen ein Clearing durchgeführt werden. Davon wurden 11 Personen erfolgreich vermittelt, bei 28 Personen war der Zugang zu einer Krankenversicherung aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich und bei 1 Person befindet sich der Prozess noch in Bearbeitung.

Es zeigte sich deutlich, dass das Clearing zur gesundheitlichen Versorgung nicht mit einem Beratungskontakt abgeschlossen werden kann, sondern viel Zeit erfordert.

Insgesamt erreichten uns im Rahmen des Projekts 71 Anfragen zu gesundheitlichen Beschwerden. Hierbei haben sich Klient*innen z. T. mehrfach im Jahr mit verschiedenen gesundheitlichen Beschwerden an uns gewandt.

Im Jahr 2025 fanden 11 Vermittlungen an das Medinetz, 8 Vermittlungen an das Gesundheitsamt im Rahmen von STI-Testungen, 2 Vermittlungen ins Krankenhaus, 39 Vermittlungen an niedergelassene Arztpraxen (Zahnarzt, Hausarzt, Gynäkologe) und 9 Vermittlungen an Krankenversicherungsträger statt. Zudem haben wir 276 Gespräche rund ums Thema Gesundheit geführt.

Helfen Sie mit!

Das Diakonische Werk Karlsruhe hat einen Fonds für die Übernahme von Behandlungskosten eingerichtet und ruft zu Spenden auf.

https://www.betterplace.org/de/projects/141813-luise-beratungsstelle-fuer-prostituierte

Eine gute Entwicklung:

„Menschen ohne Krankenversicherung oder mit unzureichendem Versicherungsschutz sollen in Baden-Württemberg in Notlagen weiterhin unbürokratisch Zugang zu medizinischer Hilfe und Beratung erhalten.“

Das betonte der Minister für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg Manne Lucha anlässlich der Veröffentlichung des Abschlussberichts zum Förderprogramm „Zugang sichern – Versorgung ermöglichen“.

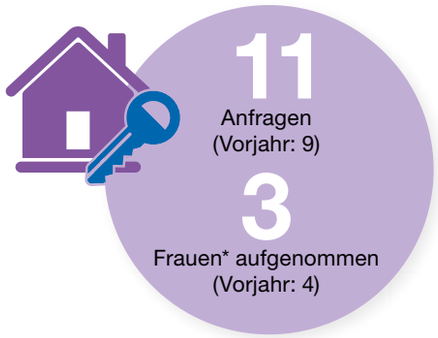
(Zitat aus Pressemitteilung des Ministeriums im März 2026, Quelle im Link)



https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/bericht-zur-anonymen-krankenbehandlung-veroeffentlicht

Fotos: DW Karlsruhe | Icons: The Noun Projekt

Ausstiegsappartements



Seit 2021 bietet die Beratungsstelle Ausstiegsappartements für Menschen an, die aktuell in der Prostitution tätig sind und aus dieser aussteigen und sich beruflich umorientieren möchten.

Die Beratungsstelle Luise bietet zwei möblierte und mit Inventar ausgestattete Einzelappartements an. In einem der beiden Appartements besteht die Möglichkeit, ein Kind mit unterzubringen. Während des Ausstiegsprozesses werden die Bewohner*innen durch unsere Mitarbeiter*innen intensiv begleitet und unterstützt.

11 Anfragen für die Ausstiegsappartements erreichten unsere Beratungsstelle im Jahr 2025.

Die Anfragen kamen sowohl direkt von Klient*innen als auch über andere Beratungsstellen. Leider musste die Beratungsstelle 8 Anfragen ablehnen. Der Hauptgrund war, dass die Appartements bereits belegt waren; eine Anfrage musste abgelehnt werden, da die räumlichen Kapazitäten der Wohnungen nicht für eine Frau* mit drei Kindern ausreichten.

In die Ausstiegsappartements wurden insgesamt 3 Frauen* und 4 Kinder aufgenommen.

In einem der beiden Appartements ist zusätzlich Platz für ein Kind. In zwei Fällen haben wir eine Ausnahme gemacht und jeweils eine Frau* mit zwei Kindern aufgenommen. Ohne diese Ausnahmen hätten wir zwei weitere Anfragen von Frauen* ablehnen müssen.

Zum Ende des Jahres waren beide Appartements belegt, die Bewohnerinnen befanden sich aktiv im Ausstiegsprozess und wurden bei der Entwicklung weiterer Wohnperspektiven begleitet.

Darüber hinaus wurden Frauen* im eigenen Wohnraum beim Ausstieg unterstützt.

Auch Klient*innen, die vor 2025 ausgestiegen waren, wurden weiterhin beraten.

Insgesamt 154 Beratungsgespräche zum Thema Ausstieg aus der Prostitution fanden im Jahr 2025 statt.

Die hohe Zahl der Anfragen und Beratungen verdeutlicht den großen Bedarf an spezialisierten Ausstiegsangeboten, geschütztem Wohnraum und einer verlässlichen Finanzierung der hierfür notwendigen Unterstützungsstrukturen.

Voraussetzungen und Kriterien, die für eine Aufnahme erfüllt sein müssen:

- Ausstiegswunsch
- Bereitschaft, die Begleitung und Unterstützung der Mitarbeiter*innen der Beratungsstelle Luise anzunehmen
- Fähigkeit, eigenständig zu leben und einen eigenen Haushalt zu führen
- Keine akute Bedrohung durch Dritte, die einen anonymen Schutzraum erfordert
- Zugang zum Sozialleistungssystem

Diese Ziele stehen im Fokus:

- Psychosoziale Stabilisierung und Unterstützung beim Ankommen im eigenen Wohnraum
- Klärung der finanziellen Situation und Anbindung an Maßnahmen zur Klärung und Verbesserung der beruflichen Perspektiven
- Integration ins Gesundheitswesen
- Nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt
- Langfristige psychosoziale Stärkung



Das Angebot der Ausstiegswohnungen wird nicht durch ein eigenes Förderprogramm, sondern hauptsächlich durch Eigenmittel des Diakonischen Werks Karlsruhe finanziert. Für die umfangreiche Ausstiegsarbeit stehen keine eigens finanzierten Personalressourcen zur Verfügung. Angesichts der hohen Nachfrage und der komplexen Unterstützungsbedarfe der Frauen* zeigt sich deutlich, dass sowohl zusätzliche Wohnplätze als auch personelle Ressourcen dringend benötigt werden.

Fotos: DW Karlsruhe | Foto Türgriff: Shisu_ka /adobestock | Icons: The Noun Project | Vögel: Hannafaktur

Methodologie und Statistik

Unsere Arbeit bietet Raum für die Bearbeitung komplexer Fragestellungen und Lebenssituationen. Sie kann einmalig oder langfristig sein. Sie findet an dem Ort statt, den die Hilfe suchende Person sich wünscht. Dies können Räumlichkeiten der Beratungsstelle als Schutzraum sein, zu Hause, am Arbeitsplatz oder im öffentlichen Raum.

Die Beratungsstelle Luise ist ein Arbeitsfeld der Profession Soziale Arbeit und bekennt sich damit zu ihren grundlegenden Zielen. Diese basieren auf dem Allgemeinen Ethikkodex Sozialer Arbeit und dem Leitbild des Diakonischen Werks Karlsruhe.

Die Beratung ist anonym und kostenlos. Wir arbeiten ergebnisoffen und sind bemüht, individuelle Lösungen für jede Frage zu finden.

Postadresse

Durch die Beratungsstelle Luise haben Prostituierte ohne Meldeadresse seit 2018 die Möglichkeit, eine Zustelladresse einrichten zu lassen. Diese ist erforderlich für die Kommunikation mit Behörden und für die Anmeldung laut ProstSchG.

Für **14** Personen wurde im Jahr 2025 eine Zustelladresse neu eingerichtet.

(Vorjahr: 37)

Wie wir beraten

192 Beratungen im Büro (Vorjahr: 124)

561 Beratungen telefonisch und per E-Mail (Vorjahr: 648)

105 Begleitungen zu einem Arzttermin, zu einer Behörde, zur Bank, zur Krankenkasse etc. (Vorjahr: 84)

82 Beratungen zu Hause und an anderen Orten (Vorjahr: 105)

126 Vermittlungen

in das bestehende Hilfesystem:

an Ordnungs- und Gesundheitsamt, Polizei, Schwangerschaftsberatung, Jobcenter, Fachstelle Wohnungssicherung, Finanzamt, Standesamt, Krankenkasse usw.

(Vorjahr: 61)

Unsere Beratungsleistungen 2025

940

Beratungskontakte mit Menschen in der Prostitution (Vorjahr: 959)

Dauer der Beratung

265 kürzer als 10 Minuten

453 10 bis 60 Minuten

222 länger als 60 Minuten

Häufigste Themen

- Finanzielle Situation
- Gesundheit
- Rechtliches
- Psychosoziale Themen wie Familie, Partnerschaft oder Einsamkeit

Die Beratungen zum Thema Ausstieg sind im Jahr 2025 angestiegen.

Icons: The Noun Project | Vogel: Hannafaktur

Luise in der Öffentlichkeit

Gemeinsam mehr bewegen

Auf Landes- und Bundesebene arbeitet Luise mit anderen Beratungsstellen für Prostituierte zusammen, um die Qualität der Arbeit stetig zu verbessern und sich über Veränderungen, Herausforderungen und Best-Practice-Beispiele auszutauschen. Luise ist Teil des „Landesnetzwerk der Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution Baden-Württemberg“



Arbeitskreise und Gremien im Jahr 2025

Arbeitsgemeinschaft Karlsruher Frauenorganisationen AKF

- Mitglied im AKF, Austausch- und Netzwerktreffen

Arbeitsgruppe „Ausstieg aus der Prostitution“

- Austausch- und Netzwerktreffen

Arbeitskreis Mädchen- und Frauen-Arbeit

- Austausch- und Netzwerktreffen

Arbeitskreis Zugewanderte Frauen in prekären Arbeits- und Gewaltverhältnissen

- Austausch- und Netzwerktreffen, organisiert von der Beratungsstelle Luise

Fachgruppe Prostituiertenschutzgesetz (ProstSchG)

- Austausch- und Netzwerktreffen mit den Akteur*innen rund um das Thema Prostitution zur aktuellen Situation in Karlsruhe. Gemeinsame Entwicklung eines Lagebilds über den aktuellen Stand der Prostitution in Karlsruhe

Karlsruher Aktionsbündnis Frauen gegen Gewalt an Frauen

- Bündnis, um mit gezielten Aktionen auf die Situation von Frauen* in Gewaltsituationen aufmerksam zu machen und um den Bund und das Land zur Umsetzung der Istanbul-Konvention aufzufordern

Landesnetzwerk der Fachberatungsstellen für Menschen in der Prostitution Baden-Württemberg

- Austausch- und Netzwerktreffen mit den im Netzwerk organisierten Fachberatungsstellen für Prostituierte. Das Landesnetzwerk hat sich 2023 als Verein konstituiert, und Luise war als Gründungsmitglied beteiligt.

Trägertagung Prostitution und Menschenhandel

- Austausch- und Netzwerktreffen mit den Fachberatungsstellen Prostitution und Menschenhandel der Diakonie Baden-Württemberg

Runder Tisch Prostitution Rastatt

- Austausch- und Netzwerktreffen

Illustration Vogel: Hannafaktur

Kooperationspartner*innen der Beratungsstelle Luise im Jahr 2025

AG Rotlicht der Kriminalpolizei

- Vernetzungstreffen und Austausch zum aktuellen Stand in den Prostitutionsstätten und auf dem Straßenstrich
- Zusammenarbeit bei Einzelfällen

AMIA – Kontaktstelle für Zugewanderte in arbeitsausbeuterischer Beschäftigung

- Vernetzungstreffen und Vermittlung

AWO Karlsruhe Migrationsberatung

- Vernetzungstreffen und Zusammenarbeit bei verschiedenen Einzelfällen

Bahnhofsmission Karlsruhe

- Austausch und Zusammenarbeit in Einzelfällen

Deutsches Rotes Kreuz (DRK)

- Team der Rettungs- und Notfallsanitäter*innen im Rahmen der Mobilpraxis

Fachstelle Wohnungssicherung

- Austausch und Vermittlung

Gesundheitsamt Karlsruhe

- Vermittlung und Terminvereinbarungen für die gesundheitliche Beratung nach § 10 ProstSchG

Gleichstellungsbüro der Stadt Karlsruhe

- Austausch und Vernetzung

Gynäkologische Praxis Dr. med.Iva Schaan-Kovacs

- Vermittlung von Frauen* in medizinische Behandlung

Gynäkologische Praxis Dr. med. Monika Lakatos

- Vermittlung von Frauen* in medizinische Behandlung

Gynäkologin Frau Dr. med. Ruth Seitz Alghrouz

- Medizinische Versorgung im Rahmen der Mobilpraxis

Jobcenter Stadt Karlsruhe, Beauftragte für Chancengleichheit am Arbeitsmarkt

- Konzept über die Zusammenarbeit für Menschen in der Prostitution

Jugendamt/ASD Karlsruhe

- Vernetzungstreffen und Zusammenarbeit in Einzelfällen

Mariposa The Justice Project e. V.

- Austausch und Vernetzung im Rahmen von Einzelfällen und bei Netzwerktreffen

Medinetz Karlsruhe

- Austausch und Vernetzung in Bezug auf Krankenversorgung von Menschen ohne Versicherungsschutz, auch im Rahmen des Projekts „Beratung für Menschen ohne Krankenversicherung in der Prostitution“
- Vermittlung

Ordnungsamt Karlsruhe

- Vermittlung und Terminvereinbarungen im Rahmen von Anmeldungen der Tätigkeit der Prostituierten

Wildwasser Karlsruhe e. V.

- Austausch und Zusammenarbeit in Einzelfällen

ZeSIA Karlsruhe

- Aktion im Rahmen des 1. März und des Frauentags
- Beratung und Austausch im Rahmen von Einzelfällen

Veranstaltungen und Aktionen 2025

Verteilen von Wärmflaschen an die Frauen* auf dem Straßenstrich Karlsruhe

Aktion der Beratungsstelle zum 1. März: Verteilen von „Märzchen“ an die Frauen*, Kooperation mit ZeSIA Karlsruhe

Verteilen von kleinen Geschenken zum Internationalen Frauentag 2025 auf dem Straßenstrich

Teilnahme an der Veranstaltung „Zusammenstehen für Frauenrechte“ am 7. März 2025im Tollhaus Karlsruhe, Infostand und Vorstellung unserer Arbeit

Begleitung der Beratungsstelle P.I.N.K. bei der Aufsuchenden Arbeit auf dem Straßenstrich in Straßburg



Teilnahme an der Demonstration gegen die Sozialkürzungen mit dem Aktionsbündnis

(Mitte) Angebot der STI-Testung im Büro von Luise in Kooperation mit dem Gesundheitsamt Karlsruhe

Besuch der Veranstaltung „Stigma brechen – Berufsfeld greifbar machen“ in Frankfurt

Kunstprojekt mit den Klient*innen

Schulranzenprojekt für die Kinder unserer Klientinnen durch den Kiwanis-Club

Aktion Weihnachtstüte „Freude schenken“: Verteilen der Tüten an die Klient*innen und ihre Kinder

Presse- und Lobbyarbeit

2025 konnten wir unsere fachliche Perspektive und Argumente gegen ein Verbot von Straßenprostitution in die Öffentlichkeit bringen und aufzeigen, welche Folgen solche Verbote mit sich bringen.

Nach Karlsruhe auch Bruchsal: Straßenstrich wird für Prostituierte verboten – „hilft den Städten, nicht den Frauen“, sagen Hilfswerke | Baden TV
https://www.baden-tv.com/mediathek/video/nach-karlsruhe-auch-bruchsal-strassenstrich-wird-fuer-prostituierte-verboten-hilft-den-staedten-nicht-den-frauen-sagen-hilfswerke/

Landratsamt verbietet Straßenprostitution im Bruchsaler Gewerbegebiet Wendelrot | Badische Neueste Nachrichten
https://bnn.de/kraichgau/bruchsal/landratsamt-verbietet-strassenprostitution-im-bruchsaler-gewerbegebiet-wendelrot

Verbot des Bruchsaler Straßenstrichs: Beratungsstelle schlägt Alarm | Badische Neueste Nachrichten
https://bnn.de/kraichgau/bruchsal/verbot-des-bruchsaler-strassenstrichs-beratungsstelle-schlaegt-alarm

Auswirkungen des 6-monatigen Straßenstrich-Verbots in Karlsruhe | Baden TV
https://www.baden-tv.com/mediathek/video/auswirkungen-des-6-monatigen-strassenstrich-verbots-in-karlsruhe/

Diakonisches Werk meldet: Nach Straßenstrichverbot in Karlsruhe – Situation verschlechtert | meinKA
https://meinka.de/diakonisches-werk-meldet-nach-strassenstrichverbot-in-karlsruhe-situation-verschlechtert/

Diakonie: Verbot der Straßenprostitution verschärft Lage von Frauen | Evangelische Zeitung
https://evangelische-zeitung.de/diakonie-verbot-der-strassenprostitution-verschaerft-lage-von-frauen/

Straßenstrich Karlsruhe noch ein Jahr verboten: „Schlechte Idee“, sagt Hilfsorganisation | Baden TV
https://www.baden-tv.com/mediathek/video/strassenstrich-karlsruhe-noch-ein-jahr-verboten-schlechte-idee-sagt-hilfsorganisation/

Beratungsstelle warnt: Karlsruher Straßenstrich-Verbot verschärft Risiken | die neue welle
https://www.die-neue-welle.de/beratungsstelle-warnt-strassenstrich-verbot-verschaerft-risiken-fuer-frauen-1746841/

Fotos: DW Karlsruhe | Icons: The Noun Projekt

Luise
Beratungsstelle
für Prostituierte

Luise – Beratungsstelle für Prostituierte

Diakonisches Werk Karlsruhe
Luisenstraße 53a
76137 Karlsruhe

Kontakt
E-Mail luise@dw-karlsruhe.de
Telefon 0721 20397-102



Spendenkonto

Diakonisches Werk Karlsruhe
Verwendungszweck „Prostitutionsberatung“
Sparkasse Karlsruhe
IBAN DE03 6605 0101 0108 2061 37
BIC KARSDE66XXX

dw-karlsruhe.de

Luise – Beratungsstelle für Prostituierte wird gefördert durch die Stadt Karlsruhe und wird finanziert durch das Ministerium für Soziales, Arbeit und Gesundheit aus Landesmitteln, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat.

Karlsruhe

Baden-Württemberg
Ministerium für Soziales,
Arbeit und Gesundheit

11/2026 Gestaltung: www.hannafaktur.de